

Erklärung des Runden Tisch Rentengerechtigkeit vom 16.11.2022

Die Einigung der Ampel-Koalition (Bundesregierung) am 11.11.22 im Haushaltsausschuss des Bundestags zum "Härtefallfonds" ist ein Affront gegenüber den Betroffenen der 17 DDR-Berufs- und Personengruppen.

- Deren gesetzliche Renten- und Versorgungsansprüche sind seit 1991 durch Fehler bei der Schaffung und Umsetzung des Rentenüberleitungsgesetzes (RÜG) 1991 nicht oder nur teilweise gewährt worden.
- Die Einrichtung eines Härtefallfonds ist ein erster positiver Schritt für die Betroffenen in der Nähe der Grundsicherung.
- Mit der Einrichtung des Härtefallfonds gesteht man seitens des Bundes zwar grundsätzlich die Berechtigung der Ansprüche der Gruppen ein, weigert sich aber erneut, allen Betroffenen wenigstens eine angemessene Entschädigung zu gewähren.
- Mit der nun bekanntgewordenen Entscheidung zum „Härtefallfonds“ schafft der Bund lediglich wieder neues gravierendes Unrecht und trägt in keiner Weise zur sozialen Befriedung bei.

Unsere Forderungen aus dem Jahr 2020 fanden keine Berücksichtigung, weil dazu jeglicher politische Wille fehlt!

Wir lassen uns nicht mit Almosen abspeisen!

Wir fordern

- **nicht mehr unser Recht ein, sondern Gerechtigkeit und eine Anerkennung unserer Lebensleistung!**
- **die Einhaltung des Grundgesetzes in Bezug auf Eigentumsschutz!**
- **für die 500.000 Betroffenen eine politische Lösung für „ALLE“, die die Lebensleistung angemessen anerkennt!**
- **einen Gerechtigkeitsfonds, der nicht mit Grundrente oder Grundsicherung verrechnet wird!**
- **die Einbeziehung aller 17 betroffenen Berufs- und Personengruppen in diesen Fonds!**

Unsere **Forderungen** sind seit 2020 klar definiert, eine durchschnittliche Abfindungszahlung zwischen **10.000 und 20.000 Euro/Betroffenen**. Diese Summe beträgt damit nur etwa ein Zehntel dessen, was der Bund allein durch Nichtgewährung der gesetzlichen Ansprüche der Berufs- und Personengruppen an den Angehörigen dieser Gruppen in den vergangenen 30 Jahren „gespart“ hat. Darüber hinaus hat bekanntlich der Bund aufgrund der seit der „Wiedervereinigung“ noch immer niedrigeren Rentenpunktwerte Ost im Vergleich zu West bisher weit über 100 Mrd. Euro an den Ostrentnern gespart.

Mit der Schaffung des Gerechtigkeitsfonds besteht die letzte Chance, etwas zur „Sozialen Einheit“ beizutragen und die endgültige biologische Lösung zu verhindern!

Es besteht dringender Handlungsbedarf. Die Generation, die ganz entscheidend zur Wiedervereinigung beigetragen hat, darf nicht zu den Verlierern der Einheit gehören!

www.rundertischrentengerechtigkeit.de info.rundertisch@gmail.com 01749236648

Sprecher: Dietmar Polster, Dr. Klaus-Dieter Weißenborn